

kampffzentrale, wie der *Kampa*, hin zu einem Netzwerk wie den *Grassroots*, die ihre Message dezentral streuen.

MeineSPD

Mit dem sozialen Netzwerk *www.MeineSPD.de*, das die Parteimitglieder miteinander in Verbindung bringt, hat sich auch die SPD bereits auf einen *Web 2.0*-Wahlkampf vorbereitet. Die Gemeinschaft der *MeineSPD*-Nutzer wächst täglich. Sollten sich innerhalb des nächsten Jahres allein die Hälfte aller Parteimitglieder anmelden, könnte ein Netzwerk von über 250.000 Personen zur Gegnerbeobachtung und »Rapid Response« aktiviert werden.

Skeptiker mögen den amerikanischen Boom der Bürgerbeteiligung im Netz auch in der stärkeren Ausprägung zivilgesellschaftlicher Verantwortung begründet sehen, doch das Potenzial zu mehr Bürgerengagement durch neue Medien sollte auch für die Bundesrepublik nicht unterschätzt werden. So spielen viele Faktoren eine Rolle, wenn es um die Wahrnehmung von *Web 2.0*-Angeboten geht. In den USA gelten die Demokraten als wesentlich

internetaffiner als die Republikaner, so Peter Leyden, Direktor des *New Politics Institutes*, San Francisco. Leyden beobachtet, dass die demokratischen Abgeordneten die Vorteile des Internets voll ausschöpfen, und sieht diesen Trend in der im Vergleich mit den Konservativen dynamischeren Kultur der Demokraten begründet.

In Deutschland jedoch haben auch die Konservativen das Potenzial von *Web 2.0* entdeckt. Bundeskanzlerin Angela Merkel wendet sich wöchentlich mit einem *Video-Podcast* an die Bevölkerung. Neuerdings bietet das Internetportal *www.direktzurkanzlerin.de* nun die Möglichkeit, sich mit Video-, Audio- oder Textbotschaften direkt an Angela Merkel zu wenden. Über ein *Voting*-System können die Bürger entscheiden, welche Fragen sie wöchentlich beantworten soll. So sieht auch die Kanzlerin in *Web 2.0* zivilgesellschaftliches Potenzial und eine Chance zu mehr Bürgerbeteiligung. Seit kurzem ist sie nicht mehr die Einzige. Der SPD-Parteivorsitzende Kurt Beck beantwortet jetzt alle zwei Wochen Bürgeranfragen per Video-Botschaft, die unter dem Stichwort »SPDvision« auf *You Tube* zu sehen sind: Let the conversation begin!

Florian Meyer

Die Rolle der religiösen Rechten im Wahlkampf

George W. Bush gewann die vergangene Präsidentschaftswahl unter anderem durch die starke Unterstützung aus der religiösen Rechten. Auch im kommenden Wahlkampf spielt der Glaube wieder eine entscheidende Rolle. Doch der Zusammenhalt der Evangelikalen schwindet. Bisher konnten sie sich nicht darauf einigen, welcher Kandidat ihre Unterstützung erhalten soll.

Die *Missionary Baptist Church* in Des Moines, Iowa, ist bis zum hintersten Sitzplatz gefüllt. Auch sonst ist die Kirche immer gut besucht, aber am 30. November zwingen sich besonders Viele in das Gebäude in einem der ärmeren Teile der

Stadt. Sie sind gekommen, um Barack Obama zu sehen und zu hören, um mit ihm zu singen und zu beten. Obama ist mitten im Wahlkampf um die demokratische Nominierung als Präsidentschaftskandidat.

Was in Deutschland oft Stirnrundeln hervorrufft, ist in den USA *business as usual*. Religion ist dort keine Privatsache – erst recht nicht während des Wahlkampfes. Um Wähler zu erreichen, eignet sich eine Kanzel genauso wie ein Sportfest. Im Moment sind Kirchen und Gemeindehäuser vielleicht sogar der beste Ort für den Stimmenfang. Denn Religiosität ist in den Vereinigten Staaten wahlentscheidend.

Zum wählergruppenspezifischen Termin in Des Moines hat Obamas Strategie für Iowa, Michael Blake, geraten. Aber die Wahlkampfberater der weiteren Kandidaten schlafen nicht: Jeder plant Auftritte in Kirchen, die anschließend medial im ganzen Land verbreitet werden. Auf etwa ein Sechstel schätzt William Martin, Autor des Buches *With God On Our Side. The Rise of the Religious Right in America*, den An-

zung: Verstärkt förderte Bush christliche Projekte mit staatlicher Hilfe.

Christliche Eliten in der Bush-Administration

Mit der großen Bedeutung der Gruppe moderater christlicher Wähler stieg auch der Einfluss der religiösen Rechten. Scheinbar erfolgreich gelang es der fundamentalen Evangelikalen, ihre Geltung auf die Politik auszuweiten. Dabei verlässt sie sich schon lange nicht mehr allein auf den Einfluss ihrer Gemeindemitglieder an den Wahlurnen. Die religiöse Rechte ist bestens organisiert: in landesweiten Netzwerken, Denkfabriken und christlichen Hochschulen. Christliche Lobby-Gruppen sind finanziell gut aufgestellt: Allein die 1977 von James Dobson gegründete Interessenorganisation *Focus on the Family* verfügte nach Angaben der liberalen Organisation *People for the American Way* im Wahljahr 2004 über ein Budget von mehr als 100 Millionen Dollar.

Die Evangelikalen drängen in die Zentren der Macht – in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Christliche Hochschulen wie die *Regent University* oder das *Patrick Henry College* verfügen über beste Verbindungen zur Politik durch erstklassige personelle Netzwerke. John Ashcroft, bis 2005 Justizminister unter Bush, lehrt zum Beispiel Jura und Politik an der in Virginia Beach ansässigen *Regent University*. Anscheinend mit Erfolg: Über 150 Absolventen arbeiten nach Angaben der Hochschule für die Bush-Regierung.

Im gleichen Maß, wie sich die christliche Rechte weiterentwickelt hat, ist ihre Zusammensetzung aber auch heterogener geworden. Zahlreiche Gruppierungen kommen unter ihrem Deckmantel zusammen: ärmliche Farmer aus dem *Bible Belt* in der Mitte des Landes, genauso wie konservative Großstädter, charismatische Freikirchler und strenggläubige Katholi-

Florian Meyer

(* 1982) studiert Politikwissenschaft und VWL an der Universität Erlangen-Nürnberg.

derflorianmeyer@googlemail.com



teil der religiös motivierten am gesamten Wahlvolk. Zudem beteiligen sich die sogenannten *Value Voters* im Durchschnitt stärker an den Wahlen als die übrige Bevölkerung.

Im vergangenen Kampf um die Präsidentschaft wusste dies vor allem der republikanische Chefstrategie Karl Rove überaus erfolgreich zu nutzen. George W. Bush, selbst bekennender »wiedergeborener Christ«, gewann die Wahlen 2004. Und das vor allem aufgrund der starken Unterstützung religiös motivierter Wähler. Drei von vier der Evangelikalen stimmten für Bush. Der bedankte sich nach seiner Bestätigung im Amt für die Unterstüt-

ken. Alle verbindet das feste Bekenntnis zu moralischen Werten. Doch die Einheit, mit der die Evangelikalen 2004 geschlossen hinter Bush standen, ist brüchig. Die religiöse Rechte ist innerlich zerstritten. Und die mäßige Auswahl an Präsidentschaftskandidaten ist nur ein Grund für die schwindende Geschlossenheit in ihren Reihen.

Die christliche Rechte befindet sich in einem Generationenwechsel: Jerry Falwell, einer der einflussreichsten Evangelikalen und Mitbegründer der *Moral Majority*, starb im Mai letzten Jahres. Auch der 71-jährige James Dobson, Vorsitzender von *Focus on the Family*, sucht nach einem Nachfolger. Mit dem Führungswechsel geht möglicherweise auch eine Neuausrichtung einher. Experten schätzen, dass die junge Generation eigene Ziele verfolgen wird und dabei auch neue Wege einschlägt. Jüngere evangelikale Pastoren wie Rick Warren oder Bill Hybels vertreten neue theologische Ansichten. Inhalte wie Krieg und soziale Gerechtigkeit rücken wieder stärker ins Blickfeld. Auch wenn damit Themen wie sexuelle Enthaltensamkeit oder die Ablehnung homosexueller Partnerschaften nicht vollkommen aus der Diskussion verdrängt werden, so verschiebt sich zumindest ihr Stellenwert. Außerdem werden neben den konservativen Fundamentalisten, die die Bewegung der *Value Voters* Ende der 70er Jahre gründeten, zunehmend auch sogenannte Neo-Evangelikale, »Pfingstler« und »Charismatiker«, politisch aktiv.

Das Kreuz mit den christlichen Wählern

An dem Problem der mageren Kandidatenauswahl aus Sicht der *Value Voters* ändern auch die zahlreichen Kirchauftritte von Rudy Giuliani und Co. kaum etwas. Nur wenn sich die Evangelikalen geschlossen für einen Kandidaten aussprechen,

können sie einen vergleichbaren Einfluss wie vor vier Jahren erlangen. Doch dafür bieten sich die Präsidentschaftsanwärter nicht an.

Abtreibung, Homosexualität und Evolutionstheorie im Biologieunterricht – Themen, in denen alle demokratischen Kandidaten liberale Positionen vertreten; ganz zum Missfallen der *Value Voters*. Dies beweisen auch die Umfragen: Von Hillary Clintons Religiosität ist das Wahlvolk nur wenig überzeugt. Etwas besser steht ihr Gegner Obama da: Der spielt nach Einschätzung der Zeitung *USA Today* zumindest unter Demokraten »in einer eigenen religiösen Liga«.

Familienwerte, starkes Militär und Kreationismus, ein Verbot der Stammzellenforschung und der Sterbehilfe sind die Positionen, für die sich ein Wunschkandidat der religiösen Rechten einsetzen sollte. Aber auch die republikanischen Kandidaten entlocken den Evangelikalen kein verzücktes »Halleluja«: Rudolph Giuliani, zweimal geschieden, gilt vielen aus seiner Amtszeit als Bürgermeister von New York als zu liberal. Für seine konservativen Kritiker steht Giuliani für Schwulenehe und Abtreibung. Sein derzeit stärkster Konkurrent Mitt Romney ist Mormone und vielen religiösen Wählern daher nur schwer zu vermitteln. Mitbewerber Mike Huckabee dagegen, gelernter Prediger und ehemaliger Gouverneur aus Arkansas, wäre ein Wunschkandidat der religiösen Hardliner. Huckabee hat wiederum aber zu wenig Geld und nur niedrige Erfolgsaussichten. Unter Journalisten wird er deshalb höchstens als möglicher Vizepräsident gehandelt.

Die Ausgangslage der Republikaner ist nicht so günstig wie im Jahr 2004. Doch wenn es ernst wird, diszipliniert sich die christliche Rechte und mit ihr die Mehrzahl der *Value Voters* gegen einen demokratischen Kandidaten. Auch wenn sie die republikanischen Kandidaten in den Vorwahlen wahrscheinlich erst einmal abstrafen werden.